S 16 RA 1003/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 13 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 16 RA 1003/02

Datum 14.11.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 RA 16/03 Datum 22.10.2003

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Mù⁄₄nchen vom 14. November 2002 wird zurù⁄₄ckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist der Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsf \tilde{A} ¤higkeit ab Antragstellung (30.08.2000) bis zum Beginn der Altersrente f \tilde{A} $\frac{1}{4}$ r Frauen ab 01.11.2003.

Die 1943 geborene KlĤgerin war in ihrem erlernten Beruf als kaufmĤnnische Angestellte im Betrieb des Ehemannes (Heizungs- und Lüftungsbau) bis 31.12.1995 versicherungspflichtig beschĤftigt. Von 1/96 â [] 12/00 war sie arbeitslos ohne Leistungsanspruch gemeldet. Auf Antrag vom 30.08.2000 lieà die Beklagte die Klägerin durch den Orthopäden Dr. C. untersuchen und begutachten.

Mit Bescheid vom 10.11.2000 lehnte die Beklagte den Antrag auf Rente wegen

verminderter ErwerbsfĤhigkeit ab. Trotz der vorliegenden GesundheitsstĶrungen (degenerative VerĤnderungen der WirbelsĤule, Aufbraucherscheinungen im Bereich des rechten Schultergelenkes und der Finger bei noch ausreichend erhaltener Belastbarkeit für leichte körperliche Arbeiten ohne schweres Heben und Tragen und dauernde Zwangshaltungen) könne die Klä- gerin im bisherigen Berufsbereich und auf dem allgemeinen Arbeitsfeld noch vollschichtig tätig sein. Der Widerspruch wurde nach Einholung von Befunden auf nerven- und augenärztlichem Gebiet sowie einer Begutachtung auf neurologischpsychiatrischem Gebiet mit Widerspruchsbescheid vom 17.07. 2001 zurückgewiesen.

Ihre zum Sozialgericht München (SG) erhobene Klage hat die Klägerin mit ihrem schlechten gesundheitlichen Zustand begründet. Aufgrund der Befunde auf neurologisch â∏ psychiatrischem und augenärztlichem Gebiet könne sie nicht mehr arbeiten. Die vom SG gehĶrte SachverstĤndige Dr. P. hat in ihrem nervenĤrztlichen Gutachten vom 08.03.2002 festgestellt, dass die KlĤgerin an einer mäÃ∏ig ausgeprägten Somatisierungsstörung und Depressionsneigung bei Ã1/4berwiegend zwanghaft strukturierter Persönlichkeit, einem HWS-LWS-Syndrom bei degenerativen VerÄxnderungen, einem Carpaltunnelsyndrom beidseits sowie einem Glaukom beidseits leide. Die erlernte TÄxtigkeit im Verkauf und als BÃ1/4rokauffrau sei nicht mehr zumutbar, insbesondere fehle es am KonzentrationsvermĶgen und an der Ausdauer. Die UmstellungsfĤhigkeit sei mäÃ∏ig eingeschränkt, leichte Bürotätigkeiten und Arbeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt seien noch mit qualitativen EinschrĤnkungen zumutbar. Nach Auffassung der Beklagten sei die KlĤgerin auf eine TĤtigkeit als Registratorin verweisbar. In der mündlichen Verhandlung am 11.07.2002 vor dem SG (Dauer: 11:36 bis 12:06 Uhr) hat die KlĤgerin nach eingehender ErĶrterung der Sach- und Rechtslage die Klage zurĽckgenommen.

Mit Schreiben vom 31.07.2002 an das SG hat die Klā¤gerin die Klagerücknahme angefochten. Sie habe zwar formal die Klage zurückgenommen. Jedoch sei durch ihre Erkrankung die konzentrative Belastbarkeit so stark gemindert gewesen, dass sie nicht in der Lage gewesen sei, den Ausführungen des Gerichts zu folgen. Durch den Druck in der Verhandlung habe sie sich auch in einem psychischen Ausnahmezustand befunden und sei nicht in der Lage gewesen, eine rechtswirksame Erklärung abzugeben. Nach einer drei- bis vierstündigen Belastungsdauer sei sie mit ihrer Leistungskraft am Ende; Atteste auf nervenärztlichem und internistischem Gebiet werden vorgelegt.

Durch Gerichtsbescheid vom 14.11.2002 hat das SG festgestellt, dass die Klage in der Ķffentlichen Sitzung des SG am 11. Juli 2002 zurù⁄₄ckgenommen worden sei und der Rechtsstreit hierdurch in der Hauptsache erledigt sei. Die Rù⁄₄cknahmeerklärung als Prozesshandlung im sozialgerichtlichen Verfahren sei grundsätzlich nicht wegen etwaiger Willensmängel bei ihrer Vornahme in Frage gestellt.

Zur Begr \tilde{A}^{1} /4ndung ihrer zum Bayer. Landessozialgericht (LSG) eingelegten Berufung st \tilde{A}^{1} /4tzt sich die Kl \tilde{A} ¤gerin im Wesentlichen auf ihren bisherigen Sachvortrag,

insbesondere auf die beim SG vorgelegten Atteste des Dr. F. vom 07.11.2002 und des Dr. G. vom 19.11.2002. Sie könne keinen vollen Arbeitstag mehr durchstehen.

Zur Aufklärung des Sachverhalts hat der Senat eine Auskunft der Krankenkasse sowie Befunde auf internistischem, neurologischem, radiologischem und augenärztlichem Gebiet beigezogen. Nach den Angaben des behandelnden Internisten Dr. G. könnten die Rücknahme der Klage am 11.07.2002 und die anschlieÃ□ende Anfechtung aus medizinischer Sicht nicht erklärt werden.

Die Kl \tilde{A} ¤gerin beantragt, die Beklagte unter Aufhebung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts M \tilde{A} ½nchen vom 14.11.2002 sowie des Bescheides vom 10.11.2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17.07.2001 zu verurteilen, ihr Rente wegen verminderter Erwerbsf \tilde{A} ¤higkeit gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} \square ihrem Antrag vom 30.08.2000 zu gew \tilde{A} ¤hren.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurļckzuweisen.

Beigezogen und Gegenstand der m \tilde{A}^{1} /4ndlichen Verhandlung waren die Prozessakten beider Rechtsz \tilde{A}^{1} /4ge, die erledigten Gerichtsakten des Sozialgerichts M \tilde{A}^{1} /4nchen (S 16 An 425/96; S 16 RA 950/01) sowie die Verwaltungsakten der Beklagten. Auf ihren Inhalt wird zur Erg \tilde{A} ×nzung des Sachverhalts Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die von der Klägerin form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist gemäÃ□ den §Â§ 151,143 Sozialgerichtsgesetz â□□ SGG â□□ zulässig, in der Sache jedoch nicht begründet. Das SG hat in der mit der Berufung angefochtenen Entscheidung zu Recht festgestellt, dass der Rechtsstreit durch Klagerücknahme erledigt ist.

Die KlĤgerin hat in der mündlichen Verhandlung vor dem SG am 11.07.2002 die am 20.08.2001 erhobene Klage zurýckgenommen. Diese ErklĤrung ist ordnungsgemäÃ∏ protokolliert, vorgelesen und von der Klägerin genehmigt worden (vgl. <u>§Â§ 122 SGG</u> i.V.m. <u>§Â§ 159</u>, <u>160</u>, <u>162</u>, <u>163</u> Zivilprozessordnung â∏ ZPO -). Damit ist die Klage wirksam zurýckgenommen worden mit der Folge, dass der Rechtsstreit gemäÃ∏ <u>§ 102 Satz 2 SGG</u> in der Hauptsache erledigt ist. Als bedingungsfeindliche Prozesshandlung im Sinne des <u>§ 102 SGG</u> kann die Klagerücknahme weder frei widerrufen noch wegen Willensmängel nach <u>§Â§ 119</u> ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) angefochten werden (vgl. Meyer-Ladewig, SGG, 7. Auflage 2002, § 102, Rdnr.7c, sowie Rdnr.12, 12a, 12b vor § 60).

Die Behauptung der KlĤgerin, am 11.07.2002 sei sie wegen krankheitsbedingter starker Minderung der Konzentration und wegen eines psychischen Ausnahmezustandes nicht in der Lage gewesen, eine rechtswirksame ErklĤrung abzugeben, ist nicht nachgewiesen. Konkrete Anhaltspunkte dafþr sind weder aus dem Leistungsauszug der Barmer Ersatzkasse noch aus den Ĥrztlichen Befunden und insbesondere dem Befundbericht des behandelnden Arztes Dr. G. ersichtlich.

Danach war die KlĤgerin vor der mündlichen Verhandlung am 11.07.2002 zuletzt am 08.05.2002 und danach am 26.07.2002 in Behandlung. Hinweise für den von der KlĤgerin vorgetragenen psychischen Ausnahmezustand ergeben sich daraus nicht. Vielmehr weist Dr. G. , fþr den Senat þberzeugend, ausdrücklich darauf hin, dass das Verhalten der KlĤgerin, zuerst die Klage beim SG am 11.07.2002 zurückzunehmen und im Anschluss daran diese Rücknahme wieder anzufechten, mit den aktuellen medizinischen Untersuchungsergebnissen oder neuen Gesichtspunkten hinsichtlich der gestellten Diagnosen nicht erklärt werden könne. Die Gründe für die Entscheidung der Klägerin und den anschlieÃ□enden Widerruf müssten daher auÃ□erhalb des medizinischen Bereiches liegen. Zudem belegen auch die beim SG vorgelegten ärztlichen Unterlagen, dass die Klägerin zumindest 3-4 Stunden am Tag leistungsfähig ist. Die mündliche Verhandlung vor dem SG am 11.07.2002 mit einer Zeitdauer von 30 Minuten hat diesen Leistungszeitraum nicht ausgeschöpft.

Das durch Klagerücknahme rechtskräftig beendete Verfahren kann nur entsprechend den Vorschriften des Vierten Buches der ZPO wieder aufgenommen werden (vgl. <u>§Â§ 179</u>, <u>180 SGG</u> i.V.m. <u>§Â§ 578 ff. ZPO</u>). Die jeweils dort näher beschriebenen Voraussetzungen, wie z.B. falsche eidliche Aussage des gegnerischen Prozessbeteiligten, Urkundenfälschung, Gutachten, bei dem sich der Sachverständige einer strafbaren Verletzung der Wahrheitspflicht schuldig gemacht hat, Urteilserschleichung, strafbare Amtspflichtverletzung eines Richters oder das Auffinden einer bisher unbekannten Urkunde, sind vorliegend nicht erfüllt.

Das SG hat somit zu Recht festgestellt, dass der Rechtsstreit durch die Klagerýcknahme vom 11.07.2002 rechtswirksam erledigt worden ist. Eine Entscheidung in der Sache ist ihm ebenso wie dem Berufungsgericht aus Rechtsgründen verwehrt ist. Die Berufung war daher als unbegründet zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde, die Revision nach $\frac{\hat{A}\S 160 \ Abs.}{2 \ SGG}$ zuzulassen, sind nicht ersichtlich.

Erstellt am: 04.02.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024